



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

📄: Politische Briefe : 3. Die wirtschaftlichen Bedenken gegen das
Tabaksmonopol.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Löwenkämpfer am neuen Museum mit einem — allerdings rauhen stumpfschwarzen — Überzug bedeckt sind (nicht wie die Bronzefiguren des Maxdenkmals und die meisten der angeführten Bronzen mit einem glänzend schwarzen), während das Denkmal des großen Kurfürsten eine schöne Patina zeigt. Die Analyse des Professor Weber daselbst ergab das Resultat, daß eine stark zinkhaltige Bronze jenen stumpfschwarzen Überzug bilde, während eine mehr Zinn enthaltende eine schöne Patina erzeuge.

Bei der Bildung des schwarzen Überzuges der Innsbrucker Statuen müssen wir aber jedenfalls den zuerst genannten Faktor, nämlich das Ansetzen von Staub und Ruß, als den entscheidenden ansehen, da sie aus den verschiedensten Metalllegierungen bestehen und trotzdem, in höherem oder geringerem Grade, alle mit jenem Überzug bedeckt sind, der nur hier, wie gesagt, glänzend ist.

Es liegt mir bei diesem Versuch, einen Beitrag zur Erklärung der Schwärzung alter Bronzen zu liefern, durchaus fern, in die Kompetenz des Chemikers hinübergreifen zu wollen. Ich begnüge mich damit, nachgewiesen zu haben, daß zahlreiche Beispiele eine Bildung derselben auch ohne Anstrich zeigen, sowie daß an den Innsbrucker Statuen thatsächlich kein Anstrich stattgefunden hat.

Es erübrigt nur noch zu bemerken, daß ebenso wie Lübke die Annahme eines Anstriches entschieden verwarf, so auch verschiedene andere Kunstkenner, wie Bildhauer Ratter und Dr. Wilhelm Schmidt, der Direktor der Münchener Kupferstichsammlung, welche die Statuen jüngst besichtigten, diese Annahme absolut unbegründet fanden. Ja letzterer, der in die ganze Streitfrage noch wenig eingeweiht war, zeigte sich sogar sehr befremdet, als er erfuhr, daß eine solche Ansicht bei verschiedenen Fachleuten habe auftauchen und den Anlaß zu einer Reinigung habe bieten können.

Innsbruck.

H. Semper.



Politische Briefe.

3. Die wirtschaftlichen Bedenken gegen das Tabaksmonopol.



Die Nachteile des Tabaksmonopols pflegen reihenweise aufgezählt zu werden und so, daß jedes Glied der Reihe eine neue Gattung bildet; immer aber werden die politischen Nachteile an die Spitze gestellt. Man pflegt jedoch bei der Angabe derselben nicht ausführlich zu sein und sich mit der allgemeinen Behauptung ihres sichern Eintritts zu begnügen. So war denn Veranlassung gegeben, diese Nachteile zuerst von allen zu beleuchten, und zu untersuchen, worin sie nach den

Triebfedern der Parteien gefunden werden müssen, da die Parteien selbst nur ungenau davon sprechen. Den politischen Grund, welcher den Widerstand des Zentrums hervorruft, zu entdecken, waren uns die liberalen Blätter selbst hilfreich, welche, naiv genug, auf die Bundesgenossenschaft des Zentrums rechnen, weil dieses einer Maßregel nicht zustimmen könne, die „einen ganz eminenten Machtzuwachs der Zentralgewalt in sich schließen würde.“ Den politischen Grund, welcher den Widerstand des Liberalismus hervorruft, fanden wir in der Besorgnis um die parlamentarische Herrschaft, welche nach einer tausendfach geäußerten, wenn auch sehr irrtümlichen Meinung auf der Unsicherheit der Einnahmen beruhen soll, so nämlich, daß die Regierung nicht nur — was niemand bestreitet — nur mit Zustimmung des Parlaments die Einnahmen verwenden kann, sondern so, daß die Regierung in der Sicherstellung der Einnahmequellen auf den notwendigsten Bedarf, auf das Existenzminimum beschränkt bleibt und für jede Steigerung der Ausgaben außerordentlicher Finanzmaßregeln und daher der besonders willigen Unterstützung des Parlaments bedarf.

Wir haben den Wert dieser Bedenken an der Idee des nationalen Staates, sowie an dem Lebensbedürfnis des Großstaates gemessen, und gehen nun zu einer andern Gattung von Einwürfen, zu den wirtschaftlichen, über. Während man bei den politischen Bedenken summarisch, als wären sie selbstverständlich, verfährt, geht man bei den wirtschaftlichen in die Einzelheiten. Aber dabei kommt so viel Selbstwiderspruch innerhalb der Ansicht jeder Partei und so viel Widerspruch zwischen den Ansichten der verschiedenen Parteien zu Tage, daß wir unser Wort wiederholen müssen, diese Bedenken seien nur bei einzelnen Koryphäen und Interessenten für wirksam zu erachten, während das allgemein durchschlagende Motiv das bei den verschiedenen Parteien verschieden geartete politische ist.

Wir wollen das Tabaksmonopol betrachten nach seiner Bedeutung für die Staatswirtschaft im ganzen, für die Volkswirtschaft im ganzen, für die Tabaksconsumenten, für die bisherigen Produzenten der Tabaksartikel.

Das Beispiel aller Staaten, welche in der Geschichte ein kräftiges Leben geführt, zeigt, daß ihre Wirtschaft, wenn nicht allein, doch zu einem großen Teile auf einem von den Beiträgen der Bürger unabhängigen Elemente beruht hat. Wir brauchen uns nur der Bergwerke Athens, der Staatsländereien Roms, des kaiserlichen Gutes der Karolinger, Ludolfinger, Salier und Staufer zu erinnern. Mit der Zersplitterung dieses Gutes durch die auf auswärtigen Ersatz bedachte, aber nicht durch Erfolg gekrönte Politik der Staufer beginnt die lange Ohnmacht des deutschen Kaisertums, welche zu dem wunderlichen Ausgang führt, daß der Kaiserthron, ohne erblich zu werden, Jahrhunderte lang von einer Dynastie besetzt wird, welche ihren Hausbesitz zur Geltung der ersten europäischen Großmacht erhebt und daher imstande ist, das als Annex behandelte deutsche Reich ohne staatliche Organisation zu lassen, ein Schritt, den ihr die Eifersucht der

Grenzboten II. 1882.

andern Großmächte, den Papst an der Spitze, nicht gestattet. Die staatlichen Leistungen des Reiches blieben nunmehr auf die außerordentliche Hilfe der Stände begründet, das heißt sie blieben gleich Null. Alle Versuche, eine unmittelbare Reichssteuer, den sogenannten gemeinen Pfennig, durchzuführen, blieben mit Ohnmacht geschlagen, weil das Reich außerhalb der Stände keinen Dienstapparat besaß und über die Stände nur eine geringe Autorität übte.

Inzwischen begann der moderne Staat sich zu bilden, in Deutschland auf dem Boden einzelner Territorien, außer Deutschland auf dem Boden der großen, zur staatlichen Einheit besser als Deutschland vorbereiteten Nationen. Die Wirtschaft der modernen Staaten gründete sich nicht mehr so vorwiegend wie im Altertum und Mittelalter auf einen direkten Staatsbesitz, aber doch auf ein dem direkten Besitz ähnliches Element. Es begann jetzt die Ausbildung der die Landesgrenzen umfassenden, den Innenverkehr nach und nach freilassenden Zollsysteme, eine Entwicklung, mit der Deutschland bei seiner territorialen Zerrissenheit nicht Schritt halten konnte. Es begann jetzt die Verwandlung der aus der Feudalzeit stammenden Abgaben von Grund und Boden in Staatsabgaben, eine Verwandlung, die sich sehr unregelmäßig und langsam vollzog und erst seit dem Zeitalter der französischen Revolution zu einer gleichmäßigen Durchführung gelangte. An die Entwicklung der Besteuerung der Einfuhrartikel durch die Zölle schloß sich nach und nach die Besteuerung der im Inlande erzeugten Verbrauchsartikel vor ihrem Übergange in den Gebrauch durch die sogenannten indirekten Steuern an. Indem der Begriff und die Technik der Staatshoheit sich gleichzeitig mit dem modernen Staat ausbildet, gewinnt die Staatswirtschaft ein viertes Einnahmeelement durch die sogenannten Regale, Betriebe zum öffentlichen Nutzen, deren Verwaltung durch den Staat als unveräußerliches Recht des letzteren nachgewiesen wird, entweder aus dem Bedürfnis der Sicherheit des Staates oder aus dem Bedürfnis der allgemeinen Wohlfahrt. Indem über die Grenze dieses Begriffs infolge des Finanzbedürfnisses hinausgegangen wird, beginnt der Staat auch einzelne Betriebe in Anspruch zu nehmen, welche die Privatunternehmung ebensogut als der Staat besorgen könnte. So erscheint neben dem Münzregal, Bergwerksregal, Postregal u. s. w. bereits im vorigen Jahrhundert das staatliche Tabaksmonopol gewissermaßen ein aus der Privatwirtschaft, welche ein erworbenes oder verliehenes Exklusivrecht gewisser Betriebe kennt, auf den Staat übertragenes Exklusivrecht.

Allen diesen Quellen, welche die Staatswirtschaft einige Jahrtausende hindurch aufgesucht hat, ist ein Grundzug gemein: die Scheu des Staates, in direkte Berührung mit dem nach der wechselnden Vermögenslage bald leeren, bald volleren Beutel der Staatsbürger zu kommen. Die direkte Leistung der Bürger für den Staat geht freilich her neben dem direkten Staatsbesitz und neben seinen spätern Surrogaten, so alt wie der Staat ist. Aber niemals wird der Staat allein auf diese direkte Leistung gebaut. Immer begründet diese

Leistung die alleinige Last, aber damit auch das Vorrecht der Vollbürger, immer haftet sie — und das ist besonders wichtig — auf der Standespflicht und nicht auf der individuellen Leistungsfähigkeit. Die direkte Einschätzung der Bürger oder hervorragenden Volksgenossen, wie sie Athen, Rom, das deutsche Altertum und Mittelalter kannten, hing überall mit der Leistung für den Kriegsdienst und für die Kriegsrüstung zusammen, und geriet überall mit dem Ersatz dieser Leistungen durch ein andres Heersystem in Verfall.

Der Gedanke, daß der Staat mit seinen Abgaben der wechselnden Vermögenslage des einzelnen Bürgers folgen solle, erscheint für ein gesundes Auge auf den ersten Blick als ein ebenso absurder wie undurchführbarer und, wenn man an den ernstlichen Versuch der Ausführung denkt, als ein von den schädlichsten Folgen begleiteter. Dennoch hat dieser Gedanke in unserm Jahrhundert theoretisch sich Bahn gebrochen und hier und da zu praktischen Anläufen von allerdings noch nicht großem Belang geführt. Drei Umstände haben dies bewirkt: die große Ausbildung des beweglichen Kapitalbesitzes in unserm Jahrhundert; die große Ausbildung der inquisitorischen Technik des Staates; die Verirrung des Liberalismus, die Freiheit zu sehen in der möglichsten Abhängigkeit des Staatsbestandes von dem unmittelbaren Willen und der unmittelbaren Leistung jedes einzelnen Bürgers, etwa nach dem Vorbild einer Aktiengesellschaft, wo jeder seine Zuschüsse einstellen oder auch erhöhen kann. Zwar soll der Staatsbeitrag — wenigstens hat die liberale Theorie sich nur selten dahin verstiegen — noch nicht in die Willkür des einzelnen gestellt werden, aber die liberale Theorie getrübt sich mit Recht, daß der Staat, auf diese Quelle gestellt, sehr bald von dem guten Willen der einzelnen abhängig werden muß. Daß er dabei notwendig zu Grunde geht, ist eine Konsequenz, die sich wohl den Augen der meisten liberalen Theoretiker verbirgt, nur nicht den Augen derjenigen, welche die Abschaffung des Staates als Kulturziel hinstellen. Es ist aber sonderbar, daß der Haß der Agrarier gegen das bewegliche Kapital, der Ausartungstrieb der Bürokratie, ihre Füße in jedermanns Schuhen und ihre Hände in jedermanns Taschen zu haben, sich vereinigen mit der Forderung des extremsten Individualismus, den Staat auf das wahre, also ewig wechselnde, jedes Jahr inquisitorisch ermittelte Einkommen des einzelnen Bürgers zu stellen. Die Bundesgenossen kennen entweder ihre gegenseitige Gefährlichkeit nicht, oder sie überschätzen jeder die eigene Stärke gewaltig. Wir getrauen uns nicht zu beurteilen, was bei jenem Versuch die sicher eintretende Folge sein würde. Wir wissen nur mit mathematischer Sicherheit, daß unser Staat zu Grunde gehen würde. Aber wir wissen nicht, auf welchem Wege: ob durch Zerstörung der modernen Wirtschafts- und Kapitalform und durch den damit verbundenen Sturz in die Armut, oder durch die Ohnmacht des Staates gegenüber der Gesellschaft und durch die damit verbundene Herrschaft klügerer Völker auf dem deutschen Volkshoden.

Der deutsche Nationalstaat, eben gegründet, steht vor der Frage, wo er die natürliche Einnahmequelle finden soll, die mit seinem eignen Wachstum, mit dem Wachstum der auf seinem Grunde gedeihenden Gesellschaft wächst, ohne daß mit dem wachsenden Staatsbedürfnis jedes Jahr aufs neue bald hier bald da gebohrt, bald hier bald da geschöpft und geschöpft zu werden braucht. Diese Quelle kann nicht durch eine direkt auf das wechselnde Einkommen jedes Bürgers gelegte Last frei gemacht werden. Sie kann auch nicht frei gemacht werden durch die Umspinnung des täglichen Lebens mit allen möglichen kleinen Verbrauchsabgaben, so daß wir für jedes Streichholz, das wir anzünden, für jedes Stück Papier, das wir für irgend welchen Zweck beschreiben, eine Abgabe zahlen. In der Ratlosigkeit um die Einnahmebeschaffung hat auch diese Besteuerungsmethode ihre Lobredner gefunden, wobei man einigermaßen das Beispiel Frankreichs herbeiziehen kann. Wir halten den Gedanken, den Fürst Bismarck aussprach, als er die Steuerreform 1875 aufnehmen wollte, für einen unauslöschlich richtigen: es ist besser, daß das Staatseinkommen sich aus einer oder aus wenigen großen Einnahmequellen zusammensetzt als aus einer Menge kleiner; dies ist zugleich besser für den Staat und besser für die Volkswirtschaft. Wir halten es zwar für einen Mangel des deutschen Charakters, wenn ihm jedes Opfer für das gemeine Beste schwer wird, aber wir halten es für einen Vorzug, wenn er nicht bei jedem Gebrauch und jedem Schritt durch alle möglichen Steuerpflichten gepeinigt werden will und sich an solche Pein nicht gewöhnen mag. So bleibt uns zur Auffindung jener Quelle der Blick auf gewisse Staatsbetriebe und auf gewisse Produktionssteuern, der Blick auf das Tabaksmonopol, auf die Getränkesteuern und auf die Zuckersteuer.

Man beruft sich gegen das Tabaksmonopol wohl auf den Umstand, daß der preußische Staat dasselbe schon unter Friedrich dem Großen gekannt, aber davon habe lassen müssen. Man vergißt, daß die deutschen ehemaligen Territorialstaaten mit ihren zerrissenen Grenzen, mit ihren mangelhaften Betriebsmitteln keine Erfahrung für das heutige deutsche Reich bilden können. Für das Tabaksmonopol als Staatsbetrieb zur Bildung einer reichen, sicheren, wachsenden, unbeschwerlichen Einnahmequelle sprechen folgende Gründe.

Der Tabakkonsum in Deutschland, dem klassischen Lande der Raucher, ist reichlich, sicher und steigend mindestens im Verhältnis der Bevölkerungszunahme. Es fällt also bei diesem Artikel das Risiko der plötzlichen oder langsamen Abnahme des Verbrauches fort, wie es bei einer Staatseinnahmequelle notwendig ist, da der Staat nicht Spekulant sein kann. Der Tabak gleicht an Sicherheit des Konsums den notwendigen Lebensbedürfnissen, obwohl er nur ein Genußmittel und daher ein Luxusartikel ist. Es fällt aber auch das Risiko der Produktion weg, da die Herstellung der Tabaksartikel bei ihrer einfachen Technik den Unfällen, dem Verderbnis großer Mengen des Materials oder dem Mißlingen der Verarbeitung nur selten ausgesetzt ist. Die Herstellung der Tabaks-

artikel ist endlich keine Kunstfertigkeit, bei der es auf den Mut, die Erfindsamkeit, den Unternehmungsgeist der Privatindustrie ankäme. Der Staat, der sich bis zu einem gewissen Grade — aber nur bis zu einem gewissen Grade — in den Grenzen stehender Betriebsformen halten muß, der neue Experimente nur mit Vorsicht anstellen kann, läuft nicht Gefahr, durch Beschlagnahme der Tabakproduktion einen Zweig menschlicher Kunstfertigkeit in seiner Entwicklung zu hemmen und die heimische Industrie von fremden überflügeln zu lassen. Auch handelt es sich nicht um eine besondre Entfaltung kaufmännischen Geistes, um Versuche der Erweiterung des Marktes u. dergl. Wir sehen zwar die Tabakindustriellen auf diesem Gebiete krampfhaft ringen, aber nur um einander Konkurrenz zu machen, nicht um den einheimischen Markt im ganzen zu erweitern, der die Grenze seiner Ausdehnungsfähigkeit wohl längst erreicht hat und auf Ausdehnung wohl nur durch die Zunahme der Bevölkerung rechnen kann.

Nun regnet es freilich von allen Seiten Behauptungen, daß der Staat ein schlechter Tabakindustrieller sein werde, daß es ihm nicht gelingen könne, die mannigfaltigen Bedürfnisse der Raucher zu befriedigen, daß der Staat durch Übernahme der Fabrikation den Tabakskonsum in Deutschland zerstören werde. Um nicht in Wiederholungen zu fallen, wollen wir die Beleuchtung dieser Annahme aufsparen, bis wir von der Bedeutung des Tabakmonopols für die Konsumenten sprechen. Indem wir vorläufig die Annahme festhalten, daß das Tabakmonopol dem Staate eine große, sichere und zunehmende Einnahmequelle eröffnen kann, wollen wir die günstige Wirkung desselben für die Volkswirtschaft im ganzen hervorheben. Diese besteht darin, daß die Privatunternehmung auf dem ihr eignen Gebiete der Spekulation, der Erfindung, des Experimentes sich um so freier bewegen kann, wenn sie durch Überlassung eines ganzen Gebietes an den Staat den letztern nicht mehr nötig, jedem aufblühenden Geschäft mit der Lupe des Spähers zu folgen, um durch die Besteuerung die unvermeidlichen Bedürfnisse des Staates zu decken. Wenn wir dem Staat nicht eine Einnahmequelle wie das Tabakmonopol schaffen, so führen wir die unglücklichen Experimente herbei, größere Erträge zu ziehen aus den Gewerbesteuern, aus den indirekten Steuern auf alle möglichen Funktionen des Verkehrs und, was das Schädlichste von allem ist, aus den sogenannten spezialisirten Einkommensteuern.

Wir wenden uns nun zu der Bedeutung des Tabakmonopols für die Konsumenten. Alle Welt scheint darüber einig zu sein, daß der Staat nicht so gute Artikel liefern könne wie die Privatindustrie, und noch viel weniger mit dem Geschick der letzteren dem mannigfaltigen Geschmack der Raucher zu folgen imstande sei. Mit diesem Geschmack der Raucher ist es jedoch eine eigene Sache. Er scheint von allen menschlichen Bedürfnissen das variabelste, launenhafteste und affomodationsfähigste zu sein. Wer hat nicht schon einem Disput von Rauchern beigewohnt, ob der Unterschied der Sorten von einer gewissen Preishöhe an nicht lediglich auf Illusion beruhe? Wer ist nicht schon mit Rauchern

gereift, die, in ihre feinen Sorten verliebt, genötigt wurden, sich mit einem Ersatz zu begnügen, der dem nichtrauchenden Begleiter beschwerlich genug fiel, von den Rauchern aber, nachdem das Herz einige Stunden sich in mißvergnügten Reden entladen, bald mit einem Behagen, nicht sehr verschieden von dem bei der ersten Sorte, genossen wurde? Wir wollen durchaus nicht sagen, daß der Staat das deutsche Volk an schlechte Tabaksartikel gewöhnen dürfe und werde, obwohl unser Volk auch ein stark rauchendes war, als das Lied entstand: Anaster, den gelben, hat uns Apollo — bekanntlich Apolda — präparirt. Unsrer Raucher haben sich an besseres gewöhnt und sollen es behalten, vielleicht noch besser bekommen. Daß der Staat die zahllosen Cigarrenvarietäten der kleinen Fabrikanten nachahmen könne, glauben wir allerdings nicht. Aber wir sehen den Verlust nicht ein, wenn eine Anzahl schlechter Varietäten verschwinden, um durch eine kleinere Zahl guter ersetzt zu werden. Wir können auch das Unglück für die Raucher nicht für so groß halten, denn wir kennen deren, die Jahr aus Jahr ein nach der rechten Cigarre suchen, die bei der Masse der Auswahl und bei der Übersättung mit den Proben der Händler nie das Gesuchte finden, oder die, wenn sie es gefunden haben, die rechte Cigarre plötzlich verschwinden sehen, weil der Fabrikant geglaubt hat, wieder eine Varietät anbringen zu müssen.

Wir können in der Behauptung nur eine Thorheit sehen, daß der Staat nicht imstande sei, die nötige Anzahl genußreicher Cigarrensorten herzustellen. Auch für die Abwechslung der Raucher wird er sorgen können, indem er von Zeit zu Zeit eine neue Varietät probirt. Er wird dabei die Raucher schonender behandeln als die Privatindustrie, die immer wieder auf die wohlfeile Herstellung verhältnismäßig teurer, künstlich in Mode gebrachter Varietäten ausgehen muß. In der rationellen Behandlung des Rohmaterials wie der Produkte bei der Lagerung hat der Staat ohnedies den Vorteil des großen konkurrenzlosen Betriebes voraus, der nicht von dem schnellen Umsatz seines Betriebskapitals abhängt; dies wird notwendig den Produkten, folglich den Rauchern zu Gute kommen.

Wenden wir uns jetzt zu den bisherigen Produzenten der Tabaksartikel. Man sagt, es sei Unrecht, eine blühende Industrie zu expropriieren. Wenn man nur eine hinschwindende Industrie mit Vorteil für den Staat expropriieren könnte, würde man dies gewiß vorziehen. Ist die Tabaksindustrie so blühend? Ihre Gesamtleistung und ihr Gesamtgewinn ist ein sehr hoher, aber endlos ist auch die Konkurrenz, aus der eine Menge überflüssiger Manipulationen, verfehlter Experimente und mißlingender Spekulationen entstehen, und die Konkurrenz, was man auch von ihr zu rühmen wisse, kann auf diesem Gebiete weder den Markt ausdehnen, noch das Produkt vervollkommen. Sie wirkt also nur schädlich.

Wird nun durch den Staatsbetrieb der Umfang der Konsumtion, wie wir annehmen zu können glauben, nicht geschmälert, so ist auch nicht einzusehen, wie die große Verminderung des Arbeitsbedarfs und die Brotlosigkeit einer großen Zahl von Arbeitern eintreten soll. Was der Staat an Arbeit erspart, können nur überflüssige Manipulationen, verfehlte Experimente bald zu Grunde gehender Unternehmungen sein. Soll dies ein Verlust für die Volkswirtschaft sein? Macht die Menge der unsichern Konkurrenzbetriebe nicht das Loos der ganzen in der Tabaksindustrie beschäftigten Arbeiterbevölkerung unsicher und elend? Wenn der Staat mit einem geringeren Arbeitsquantum wirklich dieselbe Höhe des Konsums befriedigen sollte, wäre dies nicht ein Gewinn für die Volks-

wirtschaft? Hat uns die Manchestererschule nicht tausendmal gepredigt, auf der Arbeitersparnis beruhe der Fortschritt der Wirtschaft und der Kultur? Würden wir dieselbe Predigt nicht sofort vernehmen, wenn etwa eine Wickelmaschine erfunden wäre, auch wenn durch diese Erfindung tausende von Arbeitern brotlos würden? Aber wenn der Staat durch einen rationellen Betrieb überflüssige Arbeit erspart, so soll dies ein Unglück für die Volkswirtschaft sein. Nein, was an sich gut ist, muß auch in seinen dauernden Wirkungen gut sein. Wenn wir lernen, den einheimischen Tabakskonsum mit weniger, zum Teil weggeworfenem Arbeitsaufwand zu befriedigen, so muß die ersparte Arbeit der ganzen Volkswirtschaft zu Gute kommen, sei es auch nur so, daß wir lernen, mit immer größerer Anspannung des Willens und des Geistes neue Arbeitsfelder, sei es innen, sei es außen, aufsuchen. Die mit Arbeitsverschwendung verbundene Pflege eines Produktionszweiges kann uns vor dem Verderben nicht schützen.

Wir gehören nicht zu denjenigen Gegnern der Manchestererschule, welche über der in der populären Zuspizung und Übertreibung der Lehre begründeten Einseitigkeit die Verdienste übersehen. Noch weniger übersehen wir den Beruf der Schule, unvergängliche Wahrheiten vor Verdunkelung zu bewahren. Aber wir möchten ihr zurufen: Hic Rhodus, hic salta! Aus Sorge, daß der Staatsbetrieb die Angewöhnung des Rauchens, die man doch wohl nicht uneben als Laster bezeichnet, schädigen könne, entschlägt sich die Schule der Sorge um die erste und letzte aller wirtschaftlichen Tugenden, um den Trieb der redlichen Kapitalbildung, der unheilbar zerstört werden muß, wenn wir nach den Ratschlägen eines unzurechnungsfähigen Dilettantismus zu inquisitorischen Einkommensteuern gelangen. Die heutige Manchestererschule gleicht so dem oberflächlichen Arzt, der sich mit dem harmlosen Pickel auf der Stirn des Kranken beschäftigt, während der einsichtige Begleiter an dem geschwellenen Arm mit Entsetzen die Spuren des Markschwamms gewahrt. Das Tabaksmopol bewahrt uns vor den Einkommensteuern; schon darum ist es des höchsten Preises wert, wenn die Manchestererschule ihre eignen Prinzipien versteht, wenn sie überhaupt Doktrin von Prinzip unterscheiden kann. Das Tabaksmopol bewahrt uns vor dem wahnsinnigen Klassenkampf, den die Agrarier in selbstmörderischer Wut gegen das bewegliche Kapital, d. h. gegen die Kraft eröffnet haben, welche die Wirtschaft der Barbaren von der Wirtschaft der Kulturvölker unterscheidet.

Wir wissen, daß man von der Entschädigung der bisherigen Produzenten, wenn sie angemessen erfolgt, ein Aufhebens macht, als müßten die Zinsen dieses Kapitals alle Erträge des Tabaksmopols für ewige Zeiten verschlingen. Wir wissen, daß der Tabakshandel Bremens und Hamburgs, indem er den großen Bedarf des deutschen Marktes mit Rohprodukten und Fabrikaten versorgte, auch den Bedarf einiger andern Länder beiläufig mit Gewinn zu versorgen in den Stand gesetzt war. Man nimmt an, daß das Staatsmonopol der Tabakfabrikation den ganzen Handel der Hansestädte zerstören müsse. Diese beiden Behauptungen, daß die Entschädigung der Produzenten den Gewinn des Tabaksmopols für ewige Zeiten aufzehren und daß dieses selbst den Tabakshandel der Hansestädte gänzlich zerstören müsse, wollen wir einer besondern Beleuchtung aufsparen, wenn der Gang der demnächst auch im Reichstage beginnenden Diskussion es fruchtbar erscheinen läßt.

